



Ausserordentliche OECD-Ministerkonferenz über wirtschaftliche  
 Langzeitprobleme vom 13./14. Februar 1984: Beurteilung der  
 Ergebnisse

Aufgrund der Notiz des EVD vom 20. Februar 1984 wird

beschlossen:

Ausserordentliche

OECD Von der Notiz des EVD vom 20. Februar 1984 wird zustimmend  
 wirtschaftliches Kenntnis genommen.

probleme vom 13./14. Februar 1984:  
 Beurteilung der Ergebnisse II

Für die Eintragung  
 vom 22. FEB. 1984

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer

1. Allgemeines

Dieses informelle Ministertreffen, durchgeführt auf Anregung  
 und unter aktiver Teilnahme von Minister Delors (Frankreich),  
 bot den Wirtschafts- bzw. Finanzministern aus den 24 Mitglied-  
 staaten Gelegenheit, in offener Aussprache (kein Protokoll bzw.  
 Communiqué) die wichtigsten mittel- bis langfristigen Wirt-  
 schaftsprobleme der OECD-Länder zu erörtern. Die Zusammenkunft  
 wurde abschliessend allseits als Erfolg gewürdigt, konnte doch  
 weitgehende Übereinstimmung über die Natur der Probleme und  
 die als wünschbar erachtete Therapie erreicht werden. Der  
 vorherrschende moderate Ton dürfte diesen Konsens ebenso er-  
 leichtert haben wie auch die Tatsache, dass keine konkreten  
 Sachentscheidungen zu treffen waren.

2. Wichtigste Ergebnisse der Erörterung der drei Themenkreise  
 (unter Hinweis auf die schweizerische Haltung)

Protokollauszug an:

ohne /  mit Beilage

Nr.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	1	-
X		EDI	1	-
X		EJPD	1	-
X		EMD	1	-
X		EFD	1	-
X		EVD	5	-
X		EVED	1	-
X		BK	4	-
		EFA		
		Fin Del		





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Bern, den 20. Februar 1984

N o t i z an die Herren Bundesräte

Ausserordentliche  
 OECD-Ministerkonferenz über  
 wirtschaftliche Langzeit-  
 probleme vom 13./14. Februar 1984:  
 Beurteilung der Ergebnisse 1)

**Für die BR.-Sitzung  
 vom 2. FEB. 1984**

1. Allgemeines

Dieses informelle Ministertreffen, durchgeführt auf Anregung und unter aktiver Teilnahme von Minister Delors (Frankreich), bot den Wirtschafts- bzw. Finanzministern aus den 24 Mitgliedstaaten Gelegenheit, in offener Aussprache (kein Protokoll bzw. Communiqué) die wichtigsten mittel- bis langfristigen Wirtschaftsprobleme der OECD-Länder zu erörtern. Die Zusammenkunft wurde abschliessend allseits als Erfolg gewürdigt, konnte doch weitgehende Uebereinstimmung über die Natur der Probleme und die als wünschbar erachtete Therapie erreicht werden. Der vorherrschende moderate Ton dürfte diesen Konsens ebenso erleichtert haben wie auch die Tatsache, dass keine konkreten Sachentscheidungen zu treffen waren.

2. Wichtigste Ergebnisse der Erörterung der drei Themenkreise  
 (unter Hinweis auf die schweizerische Haltung)

2.1 Problematik der öffentlichen Haushalte (Staatsquote, Budgetdefizite, Verschuldung)

Es herrschte Einigkeit, die stark gestiegenen Staatsquoten in den OECD-Ländern (Durchschnitt: 50 % des BSP) bzw. die Budget-

1) vgl. dazu auch unseren Antrag vom 24. Januar 1984



defizite seien zu hoch und müssten zur Unterstützung des Wirtschaftsaufschwungs und zu besseren Entfaltungsmöglichkeiten der Marktkräfte eingeschränkt bzw. reduziert werden. Die Schweiz konnte die Zielrichtung dieser Analyse unterstützen und auf die Bemühungen und günstige Situation in dieser Hinsicht (Staatsquote 30 % des BSP) hinweisen. Die besondere Problematik des US-Budgetdefizites kam nur verhalten zur Sprache (amerikanischer Vertreter wies selbst auf die laufenden Reduktionsbemühungen hin).

## 2.2 Leben mit dem Wandel: Flexibilität und Effizienz des Privatsektors

Unter diesem Thema standen die strukturelle Anpassungsproblematik sowie die hohe Arbeitslosigkeit im Zentrum der Diskussion. Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit einer positiven, d.h. marktorientierten Strukturanpassung, um auf die weltwirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und die vor sich gehende technologische Revolution zu reagieren. Die Mehrzahl der Länder, unter ihnen namentlich Japan, die USA, die BRD, Grossbritannien und auch die Schweiz, betonten die Rolle und Bedeutung der Marktkräfte, um die Anpassung erfolgreich bewältigen zu können. Andere Länder, so Frankreich und Schweden, unterstrichen vor allem die Wichtigkeit sozialer Auffangnetze zur Erhaltung des sozialen Friedens. Auch glaubten diese Länder, ein verstärktes Wachstum würde die strukturelle Erneuerung erleichtern, währenddem gerade die Bundesrepublik mit Nachdruck die Notwendigkeit der Anpassung als Voraussetzung einer andauernden Wirtschaftserholung hervorhob.

Hinsichtlich der neuen Technologien herrschte die Meinung vor, diese würden längerfristig mehr Arbeitsplätze schaffen als vernichten. Besonderes Interesse beanspruchte die Feststellung, dass die positive Anpassung in Japan und USA weiter fortgeschritten ist als in Europa, wo offenbar besonders starke Rigiditäten herrschen und eine eigentliche Vertrauenskrise um sich greift.



Die Schweiz trat nachdrücklich für eine am Weltmarkt orientierte Strukturanpassung ein und unterstrich die Verfälschung internationaler Konkurrenzbedingungen durch eine strukturerhaltende Politik (Subventionen, Protektionismus) einzelner Länder, die den positiven Anpassungsprozess anderer Volkswirtschaften erschwert bzw. verunmöglicht. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung betonte unsere Delegation, diese könne nicht global erfolgen; vielmehr müsse sie unter den Sozialpartnern ausgehandelt und dezentral eingeführt werden.

### 2.3 Nationale Politiken im internationalen Kontext

Zwei Themen wurden hier besonders diskutiert: die internationale Verschuldung sowie die Möglichkeiten der Herbeiführung einer handelspolitischen Tendenzwende. Es bestand Einigkeit, dass die schwere Verschuldungskrise namentlich grosser Entwicklungsländer längerfristigerer Lösungen bedarf, wobei ein abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten (Regierungen, internationale Organisationen, Privatbanken) erforderlich ist. Die gegenwärtige, inverse Richtung des Nettokapitaltransfers, d.h. vom Süden nach dem Norden, muss dringend umgekehrt werden. Die bedeutsame Rolle der Privatinvestitionen in diesem Zusammenhang wurde anerkannt.

Ein offenes, multilaterales Handelssystem und die Notwendigkeit der Rückkehr zu freieren Welthandelsbedingungen wurden allgemein unterstützt. Der Ruf nach konkreten Schritten statt schönen Worten war stark vernehmlich. Ganz besonders wurde die Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen im Welthandel durch die staatliche Exportfinanzierung (insbesondere Anstieg der Mischfinanzierung) angeprangert und Abhilfe gefordert. Die Schweiz befürwortete den "roll-back" (Hinweis auf unseren Beitrag zu den vertrauensbildenden Massnahmen im Handelsbereich), die Ausführung des GATT-Arbeitsprogramms sowie die sorgfältige Vorbereitung einer neuen GATT-Runde.

3. Schlussbemerkungen

Das Ministertreffen hat sowohl wertvolle Impulse für die kommende ordentliche Ministerkonferenz der OECD von Mitte Mai gegeben wie wohl auch die schwierige Aufgabe einzelner Finanz- und Wirtschaftsminister zu Hause in ihren Hauptstädten etwas unterstützt, unpopuläre aber notwendige, bzw. längerfristig orientierte Politiken allmählich durchzusetzen. Infolge der gestiegenen Zuversicht über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in den OECD-Ländern wurde das Treffen von einem vorsichtigen Optimismus getragen. Die Mehrheit der Teilnehmer ist überzeugt, dass die Lösung der strukturellen Probleme der OECD-Länder die unerlässliche Voraussetzung für einen anhaltenden Aufschwung schaffen werde.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer

\_\_\_\_\_ *H. F. ...*

Protokollauszug art:  
 ohne /  mit Anlage

Nr.	L.K.	Dep.	Anz.	Art.
X		EDA	1	-
X		EDN	1	-
X		E.P.D.	1	-
X		EMD	1	-
X		E.F.D.	1	-
X		E.V.O.	5	-
X		E.V.E.D.	1	-
X		SK	1	-
		E.F.A.		
		Pa. Col.		